

Wahlen sind die Stunde des Souveräns.

Am 14. März wählen die Bürgerinnen und Bürger den neuen Landtag von Baden-Württemberg. Seine Abgeordneten werden in den nächsten fünf Jahre die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Grundlinien unseres Bundeslandes bestimmen.

Die im Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb zusammengeschlossenen 13 Gedenkstätten verstehen sich als demokratische Institutionen und Lernorte. Alle unsere Initiativen treten entschieden für eine offene, pluralistische, demokratische Gesellschaft ein – das gehört zu unserem Selbstverständnis.

Das Lernen aus der Geschichte ist uns ein Anliegen. Wir erforschen die Geschichte. Wir erinnern an das Zusammenleben von Juden, Christen und Nichtchristen über viele Generationen. Wir untersuchen das Scheitern der ersten deutschen Demokratie, die Ursachen für die Entstehung des Nationalsozialismus und seiner furchtbaren Herrschaft über Deutschland und Europa. Wir erinnern an die Shoa mit Millionen ermordeten Jüdinnen und Juden, an die KZ-Lager in unserer Region, in denen Tausende Männer aus ganz Europa bis zum Tode schufteten mussten, und wir zeigen, wo es Widerstand gab.

Demokratische Verhältnisse sind die Voraussetzung, kleine und große Aufgaben friedlich zu lösen, aber sie sind nicht selbstverständlich. Das versuchen wir in unseren Lernorten mit vielfältigen Aktivitäten allen Generationen und mit besonderer Freude jungen Menschen zu vermitteln.

In den letzten Jahren hat die große Mehrheit der im Landtag vertretenen Parteien die Arbeit der Gedenkstätten ehrlich unterstützt. Mit finanzieller Hilfe des Landes konnten neue Ausstellungen gestaltet und authentische Orte bewahrt werden. Die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Gedenkstätten hat ein neues Niveau erreicht. Der Austausch mit den demokratischen Parteien war stets konstruktiv und respektvoll.

Gleichzeitig war in den letzten fünf Jahren mit der AfD eine Partei im Landtag von Baden-Württemberg vertreten, die eine ganz andere politische Richtung gehen will. Sie forderte auf Bundesebene eine 180-Grad-Wendung in der Erinnerungskultur – gemeint war damit eine Verharmlosung der Verbrechen des NS-Regimes. Altes völkisch-nationales Vokabular hielt wieder Einzug in die Parlamente. In Baden-Württemberg stellte die Rechtsaußen-Partei mit einer ihrer ersten Forderungen die Unterstützung der Gedenkstätte Gurs in Südfrankreich in Frage, wo Tausende von badischen Juden ab 1940 gefangen gehalten wurden und viele ihren Tod fanden. Dann beantragte sie die Streichung der Förderung von Fahrten zu Gedenkstätten nationalsozialistischen Unrechts. Bei der Beratung des letzten Doppelhaushaltes von Baden-Württemberg forderte die AfD nun die ersatzlose Auflösung der Landeszentrale für politische Bildung – eine der wichtigsten Einrichtungen für demokratische Bildung und für Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus.

Alle demokratisch gesinnten Bürgerinnen und Bürger sollten einer solchen Politik eine klare Absage erteilen. Wir bitten Sie, Ihr Stimmrecht bei der Landtagswahl am 14. März in diesem Sinne zu nutzen.

*Heinz Högerle
für den Vorstand des
Gedenkstättenverbundes Gäu-Neckar-Alb e.V.*



Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb e.V.

Erster Vorsitzender
Heinz Högerle, Horb
Tel. 0 74 51 / 62 06 89
verlagsbuero@t-online.de

Geschäftsführer
Dr. Martin Ulmer, Tübingen
Tel. 0 174 304 604 3



Mitgliedsinitiativen und Lernorte

Arbeitskreis „Wüste“ Balingen
Gedenkstätten KZ Bisingen
Initiative Eckerwald
Gesprächskreis ehemalige Synagoge
Haigerloch
KZ Gedenkstätte Hailfingen · Tailfingen
Alte Synagoge Hechingen
Museum Jüdischer Betsaal Horb
Stauffenberg Gedenkstätte Lautlingen
Löwenstein Forschungsverein Mössingen
Ehemalige Synagoge Rexingen
Gedenkstätte Synagoge Rottenburg-
Bisingen
Ehemalige Synagoge Rottweil
Geschichtswerkstatt Tübingen
Verein Lern- und Dokumentationszentrum
zum Nationalsozialismus, Tübingen